

Oesterreichischer Reichsrat.

Abgeordnetenhaus.

(87. Sitzung. — Beginn der Sitzung um 11 Uhr.)
Mietungsvorlage.

Vom Finanzminister wird der Staatsrechnungsausschluß des Berichtsjahres 1915/16 vorgelegt. Die Debatte über die Regierungserklärung und die Friedensfrage.

Abg. Dr. Stöckel (Deutschnational) bemerkt in seinen Ausführungen: In keiner Zeit wie in der jetzigen haben die Meinungen der Parteien voll und ganz und wahrhaft zum Ausdruck zu bringen. Wenn man vor der diplomatischen Öffentlichkeit verlangt, so muß man so mehr dieses Gebot der Öffentlichkeit für die Vertretung der Völker seitens der Abgeordneten anerkennen, wie man nach seiner prominenten Stellung in seinem Klub annehmen muß, im Namen dieses Klubs gesprochen. Er hat mit seiner Rede aber seinem Volke den allerhöchsten Dienst erwiesen, denn wenn man mit dem gesetzlichen Volke als einem vollkommenen auf der Höhe des parlamentarischen Lebens stehenden Kulturbild verhandeln soll, so darf ein solches Kulturbild nicht durch seinen legitimeren Träger im Hause eine Sprache führen, die nicht in das österreichische Parlament gehört. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Seine Rede stütze sich vor allem auf diejenige geistige Richtung, welche in den czechoslawischen Regionen zum Ausdruck gekommen ist. Wenn es aber durch Gerichtsordnungsmäßig geworden sei festgestellt wurde, auf welche Weise viele czechische Bezirke in die czechischen Regionen gepreßt wurden, die vielleicht gar nicht freiwillig in sie eingetreten wären, weil sie noch brave Soldaten und irrwille Staatsbürger waren, daß man sie vielfach durch Hunger und körperliche Misshandlungen gezwungen hat, das Braudmal der czechischen Leiden zu sein, und war ein Brandmal im wahren Sinne des Wortes, auf sich zu rechnen, so steht es dem Führer des czechischen Volkes an, für diese czechischen Regionen einzutreten, ohne zugleich zu sagen, daß der größte Teil der Leute unrichtig an deren Verhalten ist. Ich möchte denn doch bitten, daß in diesem Parlamente nicht mehr von czechoslawischen Bezirken gesprochen wird, die freiwillig gegen unseren Staat, und von czechischen Soldaten, die unwillig in unseren Reihen kämpften. Wenn dieses letztere Moment eingetreten ist, so ist die Ursache dafür lediglich in der maßlosen Verheerung zu finden, der das czechische Volk Jahrzehnte hindurch ausgeht war. Ist es denn wirklich wahr, daß die czechische Nation in diesem Staate nicht ihre Kultur erhalten habe? (Zustimmung links.) Ist ein Volk, das sich kulturell so entwickelt hat, in der Zwischenzeit ein Sklavenvolk gewesen? Und in welcher Weise hat sich das czechische Volk in den letzten 50 Jahren wirtschaftlich entwickelt? Wie viele Czechen sind hier auf der Ministerbank gesessen und wie viele haben maßgebenden Einfluß auf das gesamte Staatswesen gehabt? Ist ein solches Volk wirklich ein unterdrücktes, wie einzelne es in der Welt zu verkünden sich getrauen? Nein! Aber in Amerika, in England, überall dort, wo man durch eigene Wahrnehmung sich von den wirklichen Verhältnissen in Oesterreich nicht überzeugen kann, macht eine solche falsche Darstellung Einfluß. Diejenigen, welche diese Meinung über die Haltung wider das czechische Volk in Oesterreich verbreitet haben, tragen mit der Schuld am Kriege und an seiner Verlängerung. (Lebhafte Beifall links.) Wenn der czechische Staat sich wirklich so entwickelte, wie Abgeordneter Stanek verkündet hat, dann wird doch bald eine Zeit kommen, wo sich die Czechen mit Wehmut zurück erinnern werden an die Obhut der lieben alten Mutter Austria.

An dem schlechten Verhältnisse der Czechen zum Staate tragen auch die österreichischen Regierungen Schuld, und zwar deshalb, weil man systematisch, um über Augenblicksschwierigkeiten hinwegzukommen, immer die jeweils radikalste Partei, die jeweils brutalste Partei unterstützte und so die ruhigen Parteien im czechischen Volke unmöglich machte, ein Vorgehen, das auch bei anderen Nationen geübt wird. Und wenn die Deutschen noch nicht so weit sind, so ist das nicht ein Verdienst der jeweiligen Regierung, sondern es liegt der Grund in der Ueberzeugung des deutschen Volkes. (Zustimmung links.)

Abg. Daszynski würde dem polnischen Volke einen sehr schlechten Dienst erwiesen, wenn wir uns auf denselben Standpunkt stellen, den er einnimmt, und wenn vor allem die Regierung dies täte. Wie könnten wir es vor unserer Wählerschaft verantworten, einen Kreuzer für Galizien zu bewilligen, wenn wir das annehmen müßten, daß es ein uns feindliches Land ist. Was hätte das polnische Volk in Russisch-Polen getan, wenn nicht der preussische Militarismus, wie er es nennt, in Wirklichkeit aber die Truppen des deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns das Land von der russischen Kluft befreit hätte. Vor Gorlice hat man hier anders gesprochen und auch in Galizien selbst führte man eine andere Sprache, als man noch nicht hoffte, von der Entente das zu bekommen, was man von uns tatsächlich erreicht hat.

(1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

Obmännerkonferenz über die Arbeitseinteilung.

Heute mittag trat unter Vorsitz des Präsidenten Viktor Groß und im Beisein des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek eine Obmännerkonferenz zusammen, in der über die weitere Arbeitseinteilung des Plenums des Abgeordnetenhauses beraten wurde. Präsident Dr. Groß legte an, die Parteien mögen auf ihre Reden dahin einwirken, daß die Redezeit möglichst beschränkt werde, damit die politische Debatte noch heute abgeschlossen werden könne. Im andern Falle müßte auch morgen noch eine Sitzung abgehalten werden. Es wurde dann vorgeschlagen, die Debatte über die innerpolitische Lage und über die Ernährungsfrage in einem abzuführen. Von südslawischer Seite wurde darauf Gewicht gelegt, die Ernährungsfragen besonders zu verhandeln. Abg. Seig erklärte namens seiner Partei, daß ihr eine zweite politische Debatte unnötig erscheine. Es wurde beschlossen, die Debatte über die auswärtige Lage und über die vorliegenden Friedensanträge entweder heute oder morgen zu beenden, um am Dienstag die gemeinsame Debatte über die Ernährungsfragen und über die innerpolitische Lage zu beginnen. Diese Debatte dürfte voraussichtlich die ganze kommende Woche in Anspruch nehmen.

Besprechungen über die Delegationsverhandlungen.

Auf Einladung des Domänen des Ausschusses für Außerer der österreichischen Delegation Dr. Baerndt hielt gestern die deutschen Mitglieder dieses Ausschusses eine Besprechung, die unverbindlichen Charakter trug. Die Beratung wird am Dienstag vormittag fortgesetzt werden. Es werden sämtliche deutschen Delegierten zu ihr geladen werden.

Bei allen deutschen Delegierten herrscht die Meinung, daß die Delegationsverhandlungen ebendort in vollen Fluß gelangen sollen. Delegationspräsident Hausner hat die Ausschlußobmänner der österreichischen Delegation für Dienstag nachmittag zu einer Besprechung einberufen, in der besonders über das Arbeitskalendrarum der Ausschüsse Vereinbarungen getroffen werden sollen.

Eine Abordnung der Rechten und der Reichspartei beim Grafen Burian.

Heute mittag begaben sich namens der Rechten des Herrenhauses Fürst Friedrich Koblowitz und namens der Reichspartei Baron Huber zum Minister des Äußern Grafen Burian, um von ihm, ähnlich wie gestern die Abordnung der Verfassungspartei und der Mittelpartei des Herrenhauses, Ausführungen über die auswärtige Lage zu erbitten.

Der sozialdemokratische Antrag in der gemeinsamen deutschen Besprechung.

Mit dem gestrigen Delegationsantrag der deutschen Sozialdemokraten in der gemeinsamen Vertreterversammlung der deutschen Parteien wird sich der Ausschluß des Verbandes der deutschnationalen Parteien bereits heute nachmittag beschäftigen. Ein Teil der Abgeordneten des Verbandes sowie der christlichsozialen Partei ist am Prinzipie nicht dem Grundgedanken des Antrages einverstanden. Man will die Czechen vor die Entscheidung zwischen litauischem und nationalem Staatsrecht stellen. Bei den czechischen Abgeordneten ist aber kaum ein Eingehen auf eventuelle in dieser Richtung laufende deutsche Beschlüsse zu erwarten. Im Vorjahr haben die Czechen mit sehr geringer Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, sich an den Verhandlungen des Verfassungsausschusses nicht zu beteiligen. Jetzt werden sie schlußfösig zu werden haben, ob sie auf diesem negativen Standpunkte beharren oder mindestens bereit sind, über eine Neugestaltung Oesterreichs die Debatte zu eröffnen.

Die Ukrainer erklären, daß bei einem Programm, welches das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert, die Ukrainer nicht vergessen werden dürfen. Das Selbstbestimmungsrecht dürfe nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die Ukrainer in dem polnischen Staate ausgehen und es dem Belieben der Polen überlassen bleibe, in welchem Maße sie den Ukrainern entgegenkommen wollen.

Staatschuldenkontrollkommission.

Die Staatschuldenkontrollkommission hielt gestern eine Sitzung ab, in der Finanzminister Freiherr v. Wimmerer Mitteilungen über die zunehmende Vermehrung des Notenumlaufes machte. Seine Ausführungen bewegten sich im wesentlichen im gleichen Rahmen wie seine letzte Rede im Verfassungsausschuß. Der Finanzminister besprach auch seine Bemühungen, bei der Heeresverwaltung eine Einschränkung der militärischen Ausgaben durchzusetzen. Die Sitzung der Staatschuldenkontrollkommission war nur von Jur. Dr. Döcker, da der Abmann der Kommission Freiherr v. Czedeil als Mitglied der Abordnung der Mittelpartei des Herrenhauses sich zum Minister des Äußern Grafen Burian begeben mußte.